



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

**„BERUFSARMEE“ =
MITMARSCHIEREN FÜR ANGRIFFSKRIEGE
AUF BEFEHL VON USA (NATO) UND EU**

**ALLGEMEINE WEHRPFLICHT =
VERTEIDIGUNG DER UNABHÄNGIGKEIT
UND NEUTRALITÄT ÖSTERREICHS**

Selbstverständlich stehen die Mitarbeiter der „Initiative Heimat & Umwelt“ und auch die **ÜBERPARTeilICHE PLATTFORM FÜR DEN AUSTRITT AUS DER EU** auf Seiten eines Bundes- (= Volks-) heeres, das ausschließlich auf die **Landesverteidigung** gemäß österr. Bundesverfassung ausgerichtet ist. Und darum geht es bei der **VOLKSBEFRAGUNG am 20. Jänner 2013.**

Deshalb finden Sie im Innenblatt dieser WEGWARTE zwei gelb-rot gestaltete Seiten, die Sie als **Verteil-Flugblatt** verwenden können. Wenn Sie die Seiten 5 und 6 (absichtlich ohne Seiten-Nummerierung) abtrennen und der Länge nach im „Wickelsystem“ auf drei Drittel falzen, haben Sie ein handliches Faltblatt im üblichen Prospektformat zur Verfügung, das Sie weitergeben bzw. weiterschicken können.

START DES ZWEITEN EU-AUS-TRITTS-VOLKSBEGEHRENS

Aufgrund der enormen Bedeutung der Wehrpflicht/Berufsheer-Volksbefragung vom 20.1.2013, die ja sehr kurzfristig angesetzt und

nicht zufällig auf einen Termin so knapp nach Weihnachten mitten im Winter festgelegt wurde (damit die Bürger möglichst wenig Zeit haben, sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen), haben wir den eigentlich für Anfang Jänner 2013 geplanten Start des zweiten EU-Austritts-Volksbegehrens um zwei Monate verschoben, nämlich auf **März 2013.** Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der überparteilichen EU-Austritts-Plattform werden bis zum 20. Jänner alle ihre Kraft und Zeit (neben beruflichen und familiären Verpflichtungen) für eine möglichst große Verbreitung der Argumente FÜR die Wehrpflicht einsetzen.

NEIN zu ESM, EURO und EU!

Das war das Motto der großen Kundgebung/Demonstration am heurigen NATIONALFEIERTAG am 26. Oktober am Wiener Stephansplatz neben dem Dom, die von der Überparteilichen Plattform für den Austritt aus der EU und der Initiative Gentechnikverbot gemeinsam organisiert wurde. Die aus allen Bundesländern angereisten Teilnehmer dieser stimmungsvollen Kundgebung haben gemein-

sam ein eindrucksvolles Bekenntnis zu einem freien und neutralen Österreich abgelegt, das nur durch einen Austritt aus der EU wieder zu verwirklichen sein wird.

Dies wurde in mehreren interessanten Reden seitens der Veranstalter und von Gastrednern aus dem In- und Ausland sowie durch aussagekräftige Transparente von Teilnehmern bezeugt. Beim gemeinsamen Singen der Bundeshymne in der Orchesterfassung von Alexander Blechinger reichten einander viele Teilnehmer die Hände.

Unsere Kundgebung „Raus aus ESM, Euro und EU“ war dem österreichischen **Nationalfeiertag** würdig wie wohl kaum eine andere an diesem Tag irgendwo in Österreich. Trotz Kälte und einer schlechten Wettervorhersage...

Die „fünfte Kolonne“

Eine friedliche Kundgebung für Freiheit und Selbstbestimmung ist **gewissen Linken und Grünen** ein Dorn im Auge. Sie betätigten sich wieder einmal als „fünfte Kolonne“ der Herrschenden und veranstalteten gleich zwei „Gegendemos“ gegen unsere Kundgebung in unmittelbarer Nähe. Wes Geistes Kinder solche Demonstranten

sind, erkennt man immer wieder an einem ihrer Haupt-Transparente mit der Aufschrift **„No nation, no border“** (keine Nation, keine Grenze). Das ist genau das, was EU und Globalisierer weltweit wollen und auch tun! Das gleiche Transparent wurde übrigens auch beim Marsch der Asylwerber aus

Traiskirchen nach Wien am 24. November vorangetragen (Foto „Kronen-Zeitung“ vom 25.11.)...

Darum geht es auch im nachstehenden Artikel von einem der mutigsten **Kämpfer für Recht und Freiheit** im gesamten deutschen Sprachraum. Daraus erschließt

sich auch, warum „Globalisierung **gestalten**“ (der Wahlspruch von „Attac“) nicht möglich und keine wirkliche **Absage** an die Globalisierung ist; dementsprechend ist „Attac“ - ebenso wie die Umweltkonzerne „Greenpeace“ und „Global 2000“ - auch nicht gegen die EU.

Verbreitung von Wiener Manifest und Wehrpflicht-Faltblatt

Das gesamte Innenblatt dieser WEGWARTE ist zum Herausnehmen und Weiterverbreiten gedacht. Beim **Wiener Manifest** haben wir uns besonders um eine schöne Gestaltung bemüht, um die Bedeutung dieses Dokuments hervorzuheben. Deshalb diesmal auch die um einiges teurere Mehrfärbigkeit! Das Wiener Manifest wurde bei der Kundgebung am Nationalfeiertag unmittelbar neben dem Stephansdom erstmals öffentlich verlesen und wird unsere weitere Arbeit am EU-Austritts-Volksbegehren die nächsten Jahre hindurch begleiten. Sie können gerne weitere Exemplare bei uns anfordern gegen Spesenersatz (Porto).

Weiterverbreitung des Wehrpflicht-Faltblatts:

Entweder durch **Handverteilung** auf Hauptplätzen/vor Bahnhöfen/in Wien vor U-Bahn-Stationen/vor Supermärkten/auf großen (Kurz-)Parkplätzen (Drucksachen dürfen nicht naß werden!) oder entspr. Straßenzügen, oder durch Einwurf in die Briefkästen (Austragen von Haus zu Haus in der eigenen oder anderen Ortschaften) etc. Sie können jede beliebige Menge davon bei uns anfordern (siehe Kontaktdaten auf der Rückseite der WEGWARTE bzw. Ankreuzungsmöglichkeit am beiliegenden Zahlschein).

Falls notwendig, können wir kurzfristig nachdrucken. Wer kann, möge dafür bitte einen entspr. Kostenbei-

trag leisten (ist aber nicht verpflichtend); die nachstehenden Kosten sind **inkl. Porto** zu verstehen:

50 Wehrpflicht-Faltblätter: 3,50 €, 100 Stück: 7,- €, usw.usf.

Oder Sie möchten einen **„Postwurf“** (Ausendung „an jeden Haushalt“) in Ihrer Gemeinde, Ihrem Bezirk oder wo auch immer finanzieren und bei uns in Auftrag geben. Alle Wehrpflicht-Faltblätter sind mit dem postrechtlich erforderlichen Vermerk „Zugestellt durch Österreichische Post“ versehen, sodaß dies möglich ist. Man kann auch Postwürfe „an jeden Haushalt“ nur **für eine bestimmte Anzahl von Haushalten** von Gemeinden oder Bezirken in Auftrag geben, je nach den finanziellen Möglichkeiten. Die Faltblätter würden vom Postamt unserer Nachbargemeinde aus von uns in der von Ihnen bestellten Menge aufgegeben werden (Sie erhalten einen Aufgäbebeleg) und das Porto müßte vorher von Ihnen an uns eingezahlt werden.

Für solche „Massensendungen“ beträgt das Postporto für jeweils 100 Stück:

in Gemeinden mit bis zu 2.000 Einwohnern 9,39 €, mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern 7,16 €, mit mehr als 5.000 Einwohnern 6,29 €, jeweils + 5% Werbeabgabe + 20% USt.

Kritik der Weltstaatspolitik

von Karl Albrecht SCHACHTSCHNEIDER

Der Weltstaat würde, meint man, die Welt befrieden und Kriege aus der Welt schaffen. Aber der Weltstaat wäre das **Ende der Freiheit der Menschen**. Er kann wegen der vielen Milliarden Menschen, die er vereinigen würde, nicht demokratisch und damit nicht rechtsstaatlich und damit nicht freiheitlich und auch nicht sozial sein. Er wäre unausweichlich die **Herrschaft kleiner Eliten** über die ganze Menschheit. Es sind denn auch solche (vermeintlichen) Eliten, die die Entwicklung zum Weltstaat betreiben, übrigens mit aller Macht.

Die **Globalität der Wirtschaft** ist Interesse der internationalen Unternehmen und noch mehr der internationalen Finanzoligarchie. Die **sozialistische Internatio-**

nale hat ihre Vision vom weltweiten Sozialismus nicht aufgegeben. Beide ziehen an einem Strang, wenn es darum geht, die freiheitliche Bürgerlichkeit zu beseitigen. Beide sind strukturell undemokratisch und unsozial.

Sozialistischer Egalitarismus ist genauso wenig sozial wie der kapitalistische Elitarismus.

Der **Kapitalismus** ideologisiert zu seiner Rechtfertigung **Freihandel und Wettbewerb** entgegen den realen Gegebenheiten, die weltweit weder eine Freihandelslage komparativer Vorteile noch gar eine Wettbewerbslage gleicher Chancen aufweist. Der **Sozialismus** ver-

birgt den Egalitarismus hinter der ebenso moralistischen wie gebietertischen Formel des Diskriminierungsverbots und hat die kraftvolle Unterstützung der Europäischen Union.

Jede Unterscheidung kann man als **Diskriminierung** verwerfen, wenn die Ideologie das gebietet, sei die Unterscheidung körperlich (Mann oder Frau, hetero oder homo oder welche sexuelle Identität auch immer), sei diese gesellschaftlich (Ober-, Mittel- oder Unterschicht, Ehe oder Nichtehe, Familie oder Single, gebildet oder ungebildet), sei diese ethnisch (heimisch oder fremd), sei diese religiös (christlich, islamisch oder was auch immer), sei diese charakterlich (gesetzestreu oder kriminell). Nur

Wiener Manifest vom 26. Oktober 2012

zum **AUSTRITT** der immerwährend neutralen Republik Österreich

aus der Europäischen Union

mit allen ihren Folgeverträgen

WIR, ÖSTERREICHISCHE FRAUEN UND MÄNNER AUS ALLEN BUNDESLÄNDERN UNSERER REPUBLIK, haben uns in der Bundeshauptstadt unserer Republik friedlich versammelt, um an unserem **NATIONALFEIERTAG** die wortgetreue Umsetzung des Nationalfeiertagsgesetzes¹ **einzufordern**. Wir sind hier wegen der Tatsache, daß

- Österreich am **26. Oktober 1955** mit dem Bundesverfassungsgesetz² über die **NEUTRALITÄT** Österreichs seinen **WILLEN** erklärt hat, „für alle Zukunft und unter allen Umständen seine **UN-ABHÄNGIGKEIT** zu wahren und sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu **verteidigen**.“ In diesem Bundesverfassungsgesetz hat Österreich seine „immerwährende Neutralität“ festgelegt und damit seinen Willen bekundet, als „dauernd neutraler Staat einen wertvollen **Beitrag zum Frieden in der Welt** leisten zu können.“

Wir sind uns bewußt, daß diese von uns stets **nach Schweizer Muster aufgefaßte NEUTRALITÄT**³ es war, die uns mit dem **Wiener STAATSVERTRAG** vom 15. Mai 1955 den Abzug der alliierten Sieger- und Besatzungsmächte des Zweiten Weltkrieges und ihrer militärischen Streitkräfte aus unserem Land beschert hat - und damit die volle **FREIHEIT** innerhalb der Völkerrechtsfamilie.

57 Jahre danach muß diese inzwischen **an die EU verloren gegangene Freiheit** voll wiederhergestellt werden!

WIR fordern heute von den obersten Staatsorganen unserer Republik, dem Bundespräsidenten und den Mitgliedern des National- und Bundesrates, die sofortige Einleitung des



AUSTRITTS aus der „Europäischen Union“ mit allen ihren Folgeverträgen zur **Wiedererlangung der Selbstbestimmung des österreichischen Volkes**

im Sinne je des Artikel 1 Absatz 1 der beiden UN-Weltmenschenrechtspakte vom 16. Dezember 1966.⁴

Demnach haben alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung und sie können kraft dieses Rechtes frei über ihren politischen Status und in Freiheit über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung entscheiden.

Artikel 1 des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes lautet: „**Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.**“

Was ist aber für uns Österreicher volksabstimmungslos aus der EU geworden, seit ein Teil der österrei-

¹ Präambel zum Bundesgesetz vom 28. Juni 1967, BGBl. Nr. 63.

² BGBl. Nr. 211/1955

³ Moskauer Memorandum vom 15. April 1955.

⁴ BGBl. Nr. 59091/1978.

chischen Menschen in der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 ihr erst- und letztmalig das Vertrauen schenken durfte? Anderswo scheiterte die EU-„Verfassung für Europa“ kraft Spruch dieser Völker: in **Frankreich** am 29. Mai 2005, in den **Niederlanden** am 1. Juni 2005. In **Irland** scheiterte der Lissaboner Ersatz-Verfassungsvertrag zunächst seiner Neutralität wegen in der Volksabstimmung vom 12. Juni 2008.

Währenddessen ließen in Österreich unsere Staatsfunktionäre die EU ihren Weg ungehindert fortsetzen - bis zu einer „**Schuldenunion**“ und einem **ESM**, der die Lebensverhältnisse vieler künftiger Generationen europäischer Menschen **schwerstens belastet**. Ja, unsere Staatsfunktionäre förderten die EU auf diesem Weg auch noch!⁵

5 Jedenfalls offen durch das Bundesverfassungsgesetz BGBl. I 2008/2 bis zu den „Rettungsschirmen“ und dem „ESM“.

Offen durfte ein Spitzenfunktionär der EU nicht nur von einer umfassenden „**Europäischen FISKAL-UNION**“ sprechen, also nicht mehr „nur“ von einem „Europäischen Bundesstaat“, sondern von einem

die Staatlichkeiten der europäischen Völker überhaupt verschlingenden KOLLEKTIV.

WIR glauben, daß **damit der Krug voll ist** und wir als Bürger eines **immerwährend neutralen Staates** den vielen Schicksalsgenossenschaften in anderen europäischen Staaten das hiermit gesetzte Zeichen unserer **SOLIDARITÄT** schuldig sind:

Wir Österreicher werden auch außerhalb der EU Europäer sein und bleiben - in friedvoller Solidarität mit allen Menschen auf der Erde!

Für die vielen Teilnehmer an der gesamtösterreichischen Demonstration vom 26.10.2012:

Rechtsanwältin Dr. Eva Maria BARKI
Mag. Klaus FAISSNER
Justizminister a.D. Univ.Prof. Dr. Hans Richard KLECATSKY
Univ.Prof. Dr. Karl SOCHER

Eva Maria BARKI ist Rechtsanwältin in Wien, spezialisiert auf Nationalitäten- und Volksgruppenrecht, war jahrelang Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Klaus FAISSNER ist freier Journalist in Wien und absolvierte als gebürtiger Steirer das Fach Umweltsystemwissenschaften mit Schwerpunkt Betriebswirtschaft an der Universität Graz. Er ist unter anderem Autor der 64-seitigen Broschüre „Friedensprojekt oder Europas Untergang / Zahlen und Fakten zur EU.“

Hans Richard KLECATSKY gilt als bedeutendster Verfassungsjurist der 2. Republik Österreichs, schrieb zusammen mit Siegbert Morscher **das** Standardwerk der österr. Verfassung (kommentierte Ausgabe), war von 1966-1970 parteifreier Justizminister und lehrt nach wie vor an der Universität Innsbruck.

Karl SOCHER ist Professor für Volkswirtschaftslehre ebenfalls an der Universität Innsbruck.

**WEITERVERBREITUNG DES „WIENER MANIFESTS“
IN GANZ ÖSTERREICH AUSDRÜCKLICH ERWÜNSCHT!**

Impressum/Für den Inhalt verantwortlich/Kontakt:

ÜBERPARTEILICHE PLATTFORM FÜR DEN AustrITT AUS DER EU

3424 Zeiselmauer, Hageng. 5. Tel. 02242/70516, ihu@a1.net, www. eu-austritts-volksbegehren.at

Burgenland



Kärnten



Oberösterreich



Niederösterreich



Salzburg



Steiermark



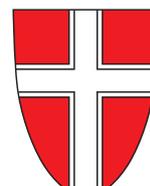
Tirol



Vorarlberg



Wien



reich der weiteren Aushöhlung seiner staatlichen Souveränität zustimmen. Denn die Auftraggeber einer Berufsarmee können auch aus dem Ausland kommen nach dem Motto „Wer zahlt, der mahlt“. Deshalb gibt es die **EU-Armee**, zusammengewürfelt aus allen EU-Staaten, der auch das EU-Mitglied Österreich angehört - der wohl krassesten **Neutralitäts-Verletzung** überhaupt. Denn eine wirkliche Neutralität ist unvereinbar mit der Teilnahme an einem Militärpakt. Und die EU ist ein Militärpakt!

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wird in erster Linie von der EU betrieben! Österreichische Politiker und Medien sind nur deren Handlanger.

WEHRPFLICHT = WEHRRECHT!

Berufsheere sind ein Rückschritt in die Zeiten der Feudalherrschaft vergangener Jahrhunderte. Sie wurden zur Durchsetzung der Macht- und Eroberungspolitik der jeweils herrschenden Dynastien der Kaiser und Könige eingesetzt (heute sind das die Konzerne und Banken). Erst mit der Entstehung der Nationalstaaten als Folge der **bürgerlichen Revolution** von 1848 verlagerte sich die Ausrichtung von Armeen auf den Schutz und die Sicherung des Lebensraumes des jeweiligen Staatsvolkes und damit auf die Landesverteidigung.

Eine solche Armee kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie **vom gesamten Volk** getragen und geachtet wird. Die allgemeine Wehrpflicht ist also ein Recht des Volkes, im Fall des Falles - bei Angriffen von außen - **in gemeinsamer Anstrengung aller** das gesamte Staatsgebiet zu schützen. Geben wir dieses elementare Recht nicht preis!

INITIATIVE *Heimat & Umwelt* **IHU**

Dieses Info-Blatt wird Ihnen von einer unabhängigen Bürgerinitiative überreicht, die keinerlei Subventionen von irgendeiner Seite erhält und auch keinerlei kommerziellen Interessen dient. Wir finanzieren unsere langjährige Arbeit ausschließlich aus freiwilligen Spenden österreichischer Bürger und aus persönlichen Beiträgen der engsten Mitarbeiter. Die IHU ist auch Mitglied der „Überparteilichen Plattform für den Austritt aus der EU“. Wenn Sie mehr über uns wissen wollen, melden Sie sich bei unseren Kontaktadressen: 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5 (Inge Rauscher), Tel. 02242/70516, ihu@a1.net. Gerne senden wir Ihnen weitere Informationen auch über unsere sonstige Arbeit zu.

Bitte verbreiten Sie dieses Info-Blatt weiter!

Durch selbst Kopieren oder Anfordern weiterer gedruckter Exemplare direkt bei uns. Wir senden Ihnen gerne auch den gesamten Text an Ihre E-Mail-Adresse zur Weiterverbreitung in Ihrem persönlichen Umfeld.

Gemäß österreichischer Bundesverfassung hat das Bundesheer die Aufgabe, die „umfassende Landesverteidigung und die **UNABHÄNGIGKEIT ÖSTERREICHS** nach außen zu garantieren, sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu wahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden **NEUTRALITÄT.**“ Deshalb braucht es die Erhaltung des Präsenzdienstes und damit des **WEHRRECHTS** des gesamten Volkes!

WEHRPFLICHT- VOLKSBEFRAGUNG

am 20. Jänner 2013
**eine Gewissens-,
keine Partei-
Entscheidung!**

Liebe Mitbürger!

Das Ergebnis dieser Volksbefragung wird die **wichtigste Weichenstellung** für die Zukunft Österreichs seit der EU-Beitritts-Volksabstimmung im Jahre 1994. Was hat man uns damals nicht alles versprochen! Das Wenigste davon ist eingetreten. Und auch jetzt verspricht man uns, daß die gleichen Leistungen, die mit der **Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht** erbracht werden, durch deren Preisgabe ebenso zustandekommen werden. Werden wir gewissen Politikern und Medien, die diese Preisgabe betreiben, wieder - wie 1994 - auf den Leim gehen?

Als engagierte Bürger dieses Landes wollen wir mit dieser **unabhängigen Information** mithelfen, die allgemeine Wehrpflicht zu erhalten:

**Landesverteidigung, Neutralität und
Ehrenamt sind Säulen unseres Staates!**

Lassen wir uns nicht von **Schalmeientönen** wie „Professionalisierung“, „Freiwilligkeit“, „ordentliche Entlohnung“ u.ä. verführen. Die politischen Hintergründe sind nämlich ganz andere.

Mit einem „Berufsheer“ sollen Freiheit und Neutralität Österreichs weiter untergraben werden!

Darum geht es in Wirklichkeit. Und da sollten bei uns alle Alarmglocken läuten!

Das friedlichste Land Europas war und ist **die Schweiz**, die seit 500 Jahren (!) an keinem Angriffskrieg teilgenommen hat. Die Schweiz hat eine starke Armee und verteidigt damit glaubwürdig ihre Neutralität. In der Schweiz ist die allgemeine Wehrpflicht im Volk stark verankert. Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU.

Viele EU-Staaten hingegen haben auf Berufsheere umgestellt, um für **Kriege auch weit außerhalb Europas** zur Verfügung zu stehen. Diese Kriege sind Angriffskriege und dienen in erster Linie den **Rohstoffinteressen** der transnationalen Konzerne und damit der **Ausbeutung** der dortigen Landschaften und Völker. Soldaten dieser Berufsheere vieler - nicht aller - EU-Staaten, von denen die meisten auch NATO-Mitglieder sind, machten sich damit in den letzten Jahren an **Tod und Elend** großer Teile der Zivilbevölkerung im Irak, in Afghanistan, im Libanon, in Libyen, und auch - mitten in Europa - in den Balkanländern schuldig.

Diese Kriege, die Millionen Opfer forderten, werden **im Auftrag der USA** geführt. Die Berufsheere der EU-Staaten sind nur – allerdings traurige – Handlanger dafür. Über die Traumatisierung vieler Berufssoldaten, die an diesen Kriegen teilgenommen haben, und deren körperliche und geistige Schäden **danach** bis hin zur materiellen Verelendung, gibt es zahlreiche seriöse Berichte.

Mit einer Stimmabgabe für die Einführung eines solchen Berufsheeres stimmt jeder Österreicher für die Teilnahme **auch unserer Jugend** an solchen Kriegen! Die angepriesene „Freiwilligkeit“ ist 1) keine Entschuldigung dafür (die Propaganda wird ja ganz anders lauten); und 2) wird in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs die **Notlage vieler Menschen** ausgenutzt, indem man ihnen ein „Gehalt nach dem Kollektivvertrag“ zusichert... Wie „freiwillig“ meldet sich jemand für einen solchen Kriegsdienst, der nicht weiß, wovon er seine Schulden auf Haus oder Wohnung bezahlen soll?!

Bei Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht geht das alles nicht so leicht.

Denn in einem solchen, ausschließlich auf Verteidigung ausgerichteten Heer steht der Großteil der (möglichen) Soldaten nicht - wie bei einem Berufsheer - ständig zur Verfügung und kann daher nicht dauernd irgendwo in der Welt für ganz andere Interessen „zum Schädel hinhalten“ herumgeschickt werden. Allgemeine Wehrpflicht bedeutet, daß die jungen Staatsbürger **nur für den äußersten Notfall**, eben den der Landesverteidigung, und – im Falle Österreichs wie auch der Schweiz – der Verteidigung der Neutralität „zu den Waffen“ gerufen werden **können und dürfen**. Und nur für diesen Notfall werden sie im Wege des Präsenzdienstes und nachfolgender Miliz-Übungen auch ausgebildet.

Bei einer Wehrpflichtigen-Armee hat der Großteil der ihr angehörenden **einen ganz normalen All-**

tagsberuf, und ist eben nicht - wie bei einer Berufsmarine - eine Art „Staat im Staat“, der nur für's ständige Kriegführen da ist. Denn die „Professionalisierung bei ordentlicher Entlohnung“ macht ja nur Sinn, wenn man die so auf Steuerzahlers Kosten „Versorgten“ auch möglichst laufend in (Kriegs-) Einsatz bringt. Und darüber sollten wir alle nachdenken - auch und gerade Mütter und Väter! Stellen wir uns nur einmal vor, welche Gesinnung und innere Haltung in Menschen entsteht, die Teil eines Berufsheeres sind. Ihr täglicher Lebensinhalt **durch ihr ganzes Leben hindurch** ist nie etwas anderes als für Zwecke zum „Kämpfen“ bereitzustehen, auf die sie nicht den geringsten Einfluß haben (dürfen). Das ist wohl die größte denkbare Abhängigkeit von den jeweiligen politischen Machthabern!

Militäreinsatz gegen das eigene Volk?

Mit einem Berufsheer kein Problem. Deren „Söldner“ müssen tun, was ihnen von ihrem Arbeitgeber befohlen wird, sonst verlieren sie ihren „Job“. Wenn also Umweltschützer, Bauern oder wer immer gegen Gefahren oder ungerechte Verhältnisse **demonstrieren**, müssen sie bei Umstellung auf ein Berufsheer in Zukunft damit rechnen, von Soldaten des eigenen Landes bekämpft zu werden!

Wehrpflicht bedeutet Ehrenamt!

Deshalb ist gerade die ehrenamtliche, also weitgehend unbezahlte Komponente der für alle geltenden Wehrpflicht (inkl. Zivildienst) so wichtig. Sie beruht auf der gemeinsamen **Solidarität aller Bürger zueinander**. Eine solche Armee kann man nicht gegen das eigene Volk einsetzen, weil sie eben nicht bezahlt ist und daher dem wichtigsten Druckmittel der Mächtigen **nicht** ausgesetzt ist!

Mit der Aufgabe der Wehrpflicht würde Öster-

den politischen Standpunkt schreiben die gutmenschlichen Moralisten vor: **für global, für bunt, gegen Rechts**, was immer das sei.

Kapitalismus und Sozialismus streben Herrschaft an, Ersterer mittels Kredits und Zins, Zweiterer mittels totalitärem Moralismus. **Beide vermögen die Freiheit anderer nicht zu respektieren.** Die Linke hat das im sozialistischen Realismus bewiesen und beweist das gegenwärtig durch ihre Despotie der political correctness, die internationale Industrie und Finanzoligarchie durch ihren Erfolg, die ständig wachsende Kluft zwischen Reich und Arm. **Die europäische Integration ist nur regionaler Teil dieser Strategie.**

Die Herrscher der Welt würden das Schicksal der Menschheit in ihrer Hand haben und der Erwartung nach **dem Großteil der Menschen das Lebensrecht beschneiden**, um das Wachstum der Menschheit zu begrenzen. Das geschieht entgegen der christlichen Religion und entgegen den meisten anderen Religionen schon gegenwärtig in vielfachen Formen, insbesondere durch die Förderung von Verhütung von Schwangerschaften und Geburten und durch die Behinderung der Mutterschaft, um die Arbeitskraft der Frauen ausbeuten zu können. Einen großen Teil der Menschen, der wenig zum Reichtum der Eliten beizutragen vermag, läßt man schlicht verhungern.

Ein Weltstaat würde die wohl wichtigste Form der Gewaltenteilung aufheben, die territoriale Gewaltenteilung, die Teilung der Welt in Völker und Staaten.

»Die Natur hat sich zweier Mittel bedient, um die Völker von der Vermischung abzuhalten und sie abzuwenden, die **Verschiedenheit** der Sprache und der Religionen«, sagt **Kant**. Ein freiheitlicher Diskurs der Politik, eine politische Willensbildung des Souveräns, nämlich der Menschen und Bürger, wäre ausgeschlossen, nicht nur wegen der Sprachenvielfalt, sondern allein schon wegen der ungeheuren Menge von Menschen. Voraussetzung des demokratischen Prinzips

der Republikanität ist die **kleine Einheit**.

Wenn es viele Staaten gibt, können die Menschen vor der Tyrannei fliehen, schwer, aber doch. Sie können auswandern und einwandern, soweit das nicht mit Gewalt unterbunden wird. **Freiheitliche Staaten** geben ein Beispiel, das ein Stachel im Fleisch der Tyrannen ist. Der **globalen Tyrannei** könnte niemand entrinnen. Der Wettbewerb der Staaten, wenn man so will, der der Systeme, ist ein wirksames Mittel, um zur Verbesserung der Lebensverhältnisse anzureizen. In einem Weltstaat wären Stillstand, wenn nicht Rückschritte der Entwicklung zu erwarten, um die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, das unvermeidliche Postulat des weltstaatlichen Egalitarismus, zu verteidigen. Verhärtete Machtverhältnisse und diktatorische Umverteilungsbürokratie wären der Alltag der Weltbevölkerung. **Freie Entfaltung der Persönlichkeit würde blasse Erinnerung.** Schon Kant hat die Behinderung der menschlichen Entwicklung im Weltstaat befürchtet.

In Großstaaten ist eine Revolution, also die Befreiung zum Recht, viel schwerer als in kleinen Staaten, in einem Weltstaat wäre sie so gut wie unmöglich, zumal gegen moderne Herrschaftstechniken. **George Orwell** hat die Lebensverhältnisse in solchen Staaten beschrieben. **Kant** hat vor dem »seelenlosen Despotismus« einer »in eine Universalmonarchie übergehenden Macht« gewarnt, die, »nachdem er die Keime des Guten ausgerottet hat, zuletzt doch in Anarchie verfällt«. Die **Europäische Union** ist auf dem Weg in diesen ebenso kapitalistischen wie sozialistischen Despotismus weit vorangeschritten.

Der **Völkerbund**, der der Menschheit der Menschen, dem Recht und damit der Freiheit aller Menschen, verpflichtet ist, die Republik der Republiken, ist das Postulat der praktischen Vernunft. **Hegel** verwirft Kants Vorschlag: »Die Kantische Vorstellung eines ewigen Friedens durch einen Staatenbund, welcher jeden Streit schlichtete, und als eine von jedem Staat anerkannte Macht jede Mißhelligkeit beilegte, und damit die Entscheidung durch Krieg unmöglich machte, setzt die

Einstimmung der Staaten voraus, welche auf moralischen, religiösen oder welchen Gründen und Rücksichten, überhaupt immer auf besonderen souverainen Willen beruhte, und dadurch mit Zufälligkeiten behaftet bliebe«. Der Völkerbund soll gerade **»keine souveräne Gewalt«** haben, sondern ein **»Friedensbund«**, eine »Genossenschaft, Föderalität« sein, kein Weltstaat, sondern eine Stätte der praktischen Vernunft.

Die **Vereinten Nationen** sind nach dem Entwurf Kants gebildet, wie schon ihr Vorgänger, der Völkerbund (1920 bis 1946). Ihre Einrichtungen sind entwicklungsfähig, die Handlungen der Organe können erheblich verbessert werden. Sie spiegeln die Machtverhältnisse in der Welt wider, die noch weit von der **Sittlichkeit** der Menschheit, also vom **Recht der Völker** entfernt sind, aber wegen der verheerenden Weltkriege im 20. Jahrhundert haben die Völker (nicht alle, aber doch maßgebliche) die richtigen Schritte in die richtige Richtung getan. Der Schritt über diesen weltweiten Bund der Völker hinaus zum Weltstaat wäre für die Menschheit ein großes Unglück, ein »seelenloser Despotismus« der »Universalmonarchie«. **Unfreiheit der Menschen ist kein Frieden der Völker.**

**Karl Albrecht
SCHACHTSCHNEIDER**

Obiger Artikel ist die wörtliche Wiedergabe eines Kapitels aus dessen neuestem Buch: „Die Souveränität Deutschlands. Souverän ist, wer frei ist.“ (Kopp-Verlag Rottenburg, ISBN: 978-3-86445-043-3). Die Fußnoten mit den Quellenangaben der verwendeten Zitate mußten hier aus Platzgründen weggelassen werden.

Prof. Dr. Schachtschneider ist Experte für Staats-, Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht und emeritierter **ordentlicher Professor für öffentliches Recht** der Universität Erlangen/Nürnberg.

**Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend**

**Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht
oder Schaffung einer Berufsarmee?**

**am Donnerstag, 13. Dezember 2012, um 19 Uhr
in Pottenbrunn bei St. Pölten
Gasthaus „zur Sonne“ - Kirchenplatz 4**

Es sprechen:

Günther HOCHAUER
GenMjr i.R., Präsident der Offiziersgesellschaft NÖ
Mag. Udo LADINIG
Obst a.D., ehemaliger VerbOffizier/MilKdo NÖ

Eintritt: freie Spende

Wir haben uns in den letzten 2 Jahrzehnten beinahe unmerklich zu einer high-tech Gesellschaft mit hochkomplexen Systemen entwickelt. Was passiert, wenn der elektrische Strom, der unser System am Laufen hält, nicht mehr aus der Steckdose kommt, und warum wir gerade dann – auch für andere „moderne“ Bedrohungsformen – ein funktionsfähiges Bundesheer für SCHUTZ und HILFE benötigen. Details dazu berichtet Mag. LADINIG.

Veranstalter:

Traisentaler Werkstatt für gesellschaftspolitische Denkanstöße
in Zusammenarbeit mit Initiative Heimat & Umwelt (IHU)

Anreisemöglichkeiten:

- *Auto: Westautobahn A1 bis Knoten St. Pölten (St. Pölten Ost, St. Pölten Nord), dann auf der Bundesstraße 1 Richtung Ortszentrum Pottenbrunn – Kirchenplatz.*
- *Zug: Westbahn mit Regionalzug bis Haltestelle Pottenbrunn, dann ca. 25 Minuten Fußmarsch ins Ortszentrum*
- *Bus: Vom Bahnhof St. Pölten mit LUP Nr. 4 bis Haltestelle Kirchenplatz in Pottenbrunn. (Einstiegstelle bei LIBRO am Bahnhof-Vorplatz). Abfahrt 25 Minuten und 55 Minuten nach jeder vollen Stunde, Fahrzeit ca. 20 Minuten.*

Rückreisemöglichkeit für Bus- und Zugfahrer:

*Fahrdienst zum Bahnhof St. Pölten wird vom Veranstalter organisiert:
bitte Bedarf anmelden bei Helmut Sperl unter Tel. 0676/403 91 78.*

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
26. November 2012

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code **AT366000000007483053**

WEGWARTE 22. Jahrgang, Folge 5, Dezember 2012
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net
Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer